

Inhalt

Einleitung.....	2
Geschichte der AfD.....	2
Der „Flügel“	4
Freunde von Höcke und Co	6
Protagonisten	6
Ziele der AfD.....	8
Wer wählt die AfD?.....	8
Was will die AfD überhaupt? (Kommt drauf an, wen man fragt).....	9
AfD zu Europa.....	10
Rechte Parteien im Europaparlament	11
Das Europäische Parlament.....	11
Welche Fraktionen hat das Europaparlament?.....	11
Kommt es nach den Europawahlen 2024 zu einem Rechtsrutsch?.....	12
Der Rat der Europäischen Union.....	12
AfD und Europa	13
Die AfD und der Verfassungsschutz.....	13
Wie kommt die AfD an Geld?	14
Wann wird eine Partei verboten?.....	14
AfD Protagonisten und ihre Zitate (eine kleine Auswahl)	14
Argumentationshilfe(n)	16
Zusammengefasst steht die Politik der AfD für? ja was für was eigentlich?.....	16
Das AfD-Paradox (DIW Berlin)	17
Unterschied AfD zu „Altparteien“	17
Fazit	19
Weiterführende Links (eine kleine Auswahl).....	19
Quellennachweise	20

Keine! „Alternative für Deutschland“

Version 1.3/27.04.2024

Einleitung

Die Alternativ für Deutschland (AfD) ist eine rechtspopulistische Partei in Deutschland welche im Jahr 2013 gegründet wurde. Die AfD hat eine komplexe und kontroverse Geschichte, anfänglich als eurokritische Partei gestartet, bis hin zu ihrer Positionierung am rechten Rand des politischen Spektrums. Die nachstehende Zusammenfassung versucht die politische Entwicklung, die wichtigsten Protagonisten und Positionen zusammenzufassen und bietet Argumentationshilfen bei Diskussionen im Freundes- und Bekanntenkreis.

Im Jahr 2024 stehen mehrere entscheidende Wahlen an, dazu zählen unter anderem die Europawahl am 9. Juni, die Landtagswahlen in Thüringen und Sachsen am 1. September und die Landtagswahl am 22. September in Brandenburg.

In Thüringenⁱ und Sachsenⁱⁱ hat der jeweilige Verfassungsschutz die AfD Landespartei als „erwiesen rechtsextrem“ eingestuft, da diese „verfassungsfeindliche Positionen“ vertritt. In Brandenburg gilt die AfD als „rechtsextremistischer Verdachtsfall“ⁱⁱⁱ (Stand 2023), auch dort wird aktuell ein neues Gutachten des Verfassungsschutzes erwartet.

Dennoch hat die AfD in den drei Bundesländer einen Stimmenanteil von derzeit:

Brandenburg	28% ^{iv}
Sachsen	35% ^v
Thüringen	31% ^{vi}

Warum ist das so? Wer wählt die AfD und warum? Woher kommt die AfD und wo will diese hin? Wie setzen wir Demokraten uns mit der AfD auseinander?

Wir möchten betonen, dass diese Zusammenfassung nicht unvoreingenommen ist und dennoch einen faktenbasierenden Ansatz verfolgt. Ursprünglich als „Argumentationshilfe“ geplant hat diese Zusammenfassung nun deutlich mehr Inhalt. Die Zusammenfassung wurde ohne KI erstellt.

In gewissen Abständen wird hab8cht versuchen, die Inhalte den aktuellen Daten und Fakten anzupassen, konstruktive Hinweise und Anmerkungen nehmen wir gerne auf.

Geschichte der AfD

Am 6. Februar 2013 gründeten 18 Männer die selbsternannte „Alternative für Deutschland“ (AfD). Die Partei ging aus dem Verein „Wahlalternative 2013“ hervor. Die Gründer waren verärgert über die Euro-Rettungspolitik der Bundesregierung – die AfD startete als „Anti-Euro-Partei“ mit konservativ-liberalem Profil.

Auf dem Berliner "Gründungsparteitag" am 13. April 2013 - gut zwei Monate nach der offiziellen Gründung wurden Bernd Lucke, Konrad Adam und Frauke Petry zu gleichberechtigten Sprechern des Parteivorstandes gewählt.

Dank ihrer guten Ressourcenausstattung, die sie auch den Beziehungen zur mittelständischen Wirtschaft verdankte, gelang der AfD ein schneller Organisationsaufbau. Die schon vor dem Parteitag angelaufene Gründung der 16 Landesverbände war im Mai 2013 abgeschlossen; die Partei zählte zu dieser Zeit rund 10.000 Mitglieder. Die AfD konnte viele Überläufer aus der CDU und der FDP

Keine! „Alternative für Deutschland“

Version 1.3/27.04.2024

begrüßen. So waren Lucke und Gauland vorher in der CDU gewesen, während Henkel nach einem Umweg über die Freien Wähler von der FDP zur AfD gefunden hatte. Bereits damals verfolgte die AfD andere Ziele als die der Anti-Euro-Partei, das ist deshalb naheliegend, da Björn Höcke bereits im April 2013 die AfD Thüringen mitbegründete und für die Bundestagswahl im selben Jahr für Thüringen Listenplatz 2 belegte.

Den Einzug in den Bundestag verpasste die Partei im Herbst 2013 mit 4,7 % knapp, bei der am selben Tag in Hessen stattfindenden Landtagswahl verfehlte die AfD den Einzug in die Parlamente nur knapp. Im Jahr 2014 hatte die AfD bereits rund 20.000 Mitglieder.

Umso größer war ihr Triumph bei der Europawahl im Mai 2014, als sie 7,1 % der Stimmen erreichte. Angeführt von Spitzenkandidat Lucke, zogen sieben Abgeordnete in das Europaparlament ein, unter anderem Beatrix von Storch. Auch bei den zeitgleich mit der Europawahl in zehn Bundesländern stattfindenden Kommunalwahlen zogen die ersten AfD-Kandidaten in die Gemeindevertretungen und Stadträte ein.

Der Rechtspopulismus war in ganz Europa spürbar im Aufwind, nachdem viele Vertreter der Nationalstaaten mit der europäischen Politik während der Finanzkrise unzufrieden waren. Dieses Klima konnte die AfD unter ihrem Bundessprecher Bernd Lucke für sich nutzen. Bei den Landtagswahlen 2014 zog die AfD in drei Landtage ein:

- Thüringen – Spitzenkandidat Björn Höcke
- Brandenburg – Spitzenkandidat Alexander Gauland
- Sachsen – Spitzenkandidatin Frauke Petry

Mit der in 2015 beginnenden Fluchtbewegung ließen sich die unterschiedlichen Interessen der Vertreter des Rechtspopulismus angeführt von Alexander Gauland, Beatrix von Storch, Alice Weidel und Frauke Petry mit denen der wirtschaftsliberalen Euroskeptiker um Bernd Lucke und Jörg Meuthen nicht mehr vereinen. Das Jahr 2015 markiert einen Wendepunkt in der Geschichte der AfD. Aufgrund der stattfindenden Machtkämpfe innerhalb der AfD sank die Mitgliederzahl wieder auf unter 20.000^{vii}.

Auch einer der Gründer, Bernd Lucke und weitere Parteivorsitzende verließen die Partei. Als neue Parteivorsitzende wurden Frauke Petry und Jörg Meuthen gewählt.

Mit dem Höhepunkt der großen Fluchtbewegung und der folgenden Diskussion über Einwanderungspolitik und Asylrecht 2015/2016 erholte sich die AfD direkt wieder und zog viele enttäuschte CDU Mitglieder und Wähler an. Alexander Gauland sagte in einem Interview im „Spiegel“ am 12.12.2015 „Natürlich verdanken wir unseren Wiederaufstieg in erster Linie der Flüchtlingskrise“^{viii}.

Anfang 2017 forderte die AfD-Spitzenkandidatin für die anstehende Bundestagswahl, Alice Weidel, die Parteivorsitzende der AfD, Frauke Petry, auf den Parteivorsitz niederzulegen und die AfD zu verlassen. Frauke Petry hatte auf dem Bundesparteitag der AfD im April 2017 in Köln versucht, den zunehmenden Rechtsschwenk der AfD aufzuhalten. Die Partei solle sich zu einem „realpolitischen Kurs“ bekennen, also bürgerlicher auftreten.

Der Aufforderung von Weidel folgte Petry und verzichtete auf eine Spitzenkandidatur bei der Bundestagswahl 2017. Die Spitzenkandidaten wurden Alexander Gauland und Alice Weidel. Auch der zweite AfD-Parteivorsitzende Jörg Meuthen, als seriöses Aushängeschild (Wirtschaftswissenschaftler

aus dem Westen) der sich immer schneller radikalisierenden AfD, legte Petry den Austritt aus der Partei nahe.

Inzwischen war die AfD in allen Landtagen und 2017 auch im Bundestag mit 12,6%^{ix} angekommen und erhielt 94 Bundestagsmandate, unter anderem mit Alice Weidel, Jörg Meuthen, Beatrix von Storch und Alexander Gauland.

Im Jahr 2018 macht die AfD durch mehrere Spendenskandale auf sich aufmerksam, Weidels Kreisverband erhielt eine 132.000€ Spende eines Schweizer Pharmaunternehmens, bereits erhalten hatte der gleiche Kreisverband eine 150.000€ Spende einer niederländischen Stiftung.

Da es sich in Teilen um eine „verbotene Annahme anonymer Spenden“ handelte musste die AfD ein Bußgeld in Höhe von 396.000€ zahlen^x.

Auch der Bundesvorsitzende Meuthen hat illegale Wahlkampfhilfen der Schweizer PR-Firma Goal AG in Höhe von rund 90.000 Euro angenommen^{xi}. Der Bundestagsverwaltung legte die AfD auf die entsprechende Anfrage eine offenkundig gefälschte Spenderliste vor. Mehrere der angeblichen Geldgeber waren Strohleute, die teils gegen Bezahlung fingierte Spendenquittungen unterschrieben hatten.

Der „Flügel“

Im Osten bildete sich mit der „Erfurter Erklärung“ der „Flügel“. An der Spitze dieser Bewegung innerhalb der AfD stehen die Thüringer und Brandenburger Landesvorsitzenden, Björn Höcke und Andreas Kalbitz.

Im Gründungsdokument der Erfurter Erklärung 2015 wird die AfD als „Widerstandsbewegung gegen die weitere Aushöhlung der Identität Deutschlands“ erklärt.

Der rechtsnational-völkische „Flügel“ der AfD trifft sich jährlich beim „Kyffhäusertreffen“ in Thüringen zur Strategiebesprechung, dort ist eine weitere Radikalisierung der Bewegung zu beobachten. Rassismus, Islamfeindlichkeit, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Geschichtsrevisionismus, sowie die Relativierung der Verbrechen des Nationalsozialismus wurden dort zunehmend zu akzeptierten Positionen.

Im Januar 2019 stuft das Bundesamt für Verfassungsschutz den „Flügel“ als Verdachtsfall für rechtsextremistische Bestrebungen ein, da das „propagierte Politikkonzept auf Ausgrenzung, Verächtlichmachung und weitgehende Rechtlosstellung von Ausländern, insbesondere Muslimen, und politisch Andersdenkenden gerichtet“ sei. Im Jahr 2019 hatte die AfD ihr mitgliederstärkstes Jahr mit ca. 34.000 Mitgliedern.

Wiederholt kommt es in der AfD zu internen Machtkämpfen zwischen dem „Flügel“ und den „Gemäßigten“ um Meuthen. Der Verfassungsschutz wurde auf die rechtsgerichteten Strömungen in der AfD aufmerksam und beobachtete zunächst zwei Landesverbände, bevor der gesamte Landesverband Brandenburg als Verdachtsfall eingestuft wurde.

Meuthen wurde im November 2019 als erster Bundesvorsitzender bestätigt, er versuchte die AfD in eine moderatere Richtung zu lenken, etwa durch den Parteiausschluss des Brandenburger Landesvorsitzenden Kalbitz^{xii} einem Freund von Höcke und Tino Chrupalla, einem der beiden heutigen Bundesvorsitzenden. Der Stern titulierte diese Abstimmung mit „Am Ende ist es knapp. Sieben Mitglieder der AfD-Spitze stimmen dafür, Kalbitz loszuwerden, fünf waren dagegen“.

Das Abstimmungsergebnis im Bundesvorstand spiegelt die Machtverhältnisse in der AfD wider, wo die „Rechtsnationalen eine gut organisierte, laute Minderheit sind.“^{xiii}

Keine! „Alternative für Deutschland“

Version 1.3/27.04.2024

Doch Meuthen isolierte sich zusehends in der Partei. Im Jahr 2020 brachte er viele in der Partei gegen sich auf, als er eine Aufspaltung in einen „freiheitlich-konservativen“ und einen „sozialpatriotischen“ Teil anregte. Auf dem Parteitag in Kalkar im November desselben Jahres las Meuthen den eigenen Leuten schließlich so scharf die Leviten, kritisierte deren aggressives und enthemmtes Auftreten etwa in der Corona-Politik, dass es zu Tumulten im Saal kam.

Im März 2020 wurde „Der Flügel“ vom Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) als „gesichert rechtsextremistische Bestrebung gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung“ eingestuft. Seine Vertreter wurden nachrichtendienstlich beobachtet. Aus Sorge, dass die gesamte Partei demnächst vom Verfassungsschutz als Verdachtsfall eingestuft werden könnte, wurde der Flügel zum 30.04.2020 aufgelöst.

Die Protagonisten um Höcke sind geblieben, die Ideen und Visionen auch!

Nachdem Meuthen zur Bundestagswahl 2021 nicht erneut für den Parteivorsitz kandidieren wollte, gingen mit Alice Weidel und Tino Chrupalla zwei Spitzenkandidaten in den Wahlkampf, die dem extrem rechten Höcke- „Flügel“ nahestehen. Bei der Wahl kam die AfD insgesamt auf 10,3% und hatte ca. 30.100 Mitglieder.

Jörg Meuthen, der nach wie vor versuchte, eine bürgerliche AfD zu präsentieren, verlor an Einfluss. Im Frühjahr 2022 trat Jörg Meuthen schließlich als bereits dritter Vorsitzender der AfD aus der Partei aus. Er begründete den Austritt damit, dass er den Machtkampf mit dem formal aufgelösten rechtsextremen Flügel um die Ausrichtung der AfD verloren habe. Auch zum Austritt führte die von der AfD in Bezug auf die Corona Schutzbestimmungen der Bundesregierung so titulierte „Corona Diktatur“. Meuthen ist seit 2017 Mitglied des Europäischen Parlaments, nach dem AfD Austritt, war er Mitglied der Deutschen Zentrumspartei (10. Juni 2022). Im September 2023 ist er auch aus dieser Partei ausgetreten. Seit dem ist Meuthen ein parteiloser und fraktionsloser Abgeordneter des EU-Parlaments.

Meuthen erklärte am 28. Januar 2022 in einem ARD-Interview, die AfD habe sich „weit nach rechts entwickelt und stehe in weiten Teilen nicht länger auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung“.

Mit Meuthens Austritt fiel die Option weg, dass die AfD sich perspektivisch als Koalitionspartei für FDP und CDU entwickeln könnte. Die Partei steht jetzt ganz unverblümt da, wo ihr heimlicher Parteichef Björn Höcke sie schon immer haben wollte, ganz weit am Rand des rechten Spektrums.

Seit dem Rücktritt von Jörg Meuthen im Januar 2022 war Tino Chrupalla alleiniger Vorsitzender der AfD. Auf dem im Juni 2022 stattgefundenen AfD-Parteitag in Riesa wurde eine Doppelspitze mit Tino Chrupalla und Alice Weidel als Fraktionsvorsitzende der AfD-Fraktion im Bundestag gewählt. Weidel und Chrupalla sind seit diesem Parteitag auch die Parteivorsitzenden „Bundesprecher“ der AfD. Stellvertretender Vorsitzender ist Stephan Brandner, Peter Boehringer, sowie Mariana Harder-Kühnel. Bundesgeschäftsführer ist Hans-Holger Malcomeß, Bundesschatzmeister Carsten Hütter. Der Ehrenvorsitzende der AfD ist Alexander Gauland.

Nach Angaben des „Spiegels“^{xiv} hat die AfD-Bundespartei nach eigenen Aussagen seit dem 1. Januar 2024 41.000 Mitglieder.

Keine! „Alternative für Deutschland“

Version 1.3/27.04.2024

Freunde von Höcke und Co

Götz Kubitschek, kein Mitglied der AfD, Mitbegründer der rechtsextremen Denkfabrik - Institut für Staatspolitik (IfS) und Geschäftsführer des Antaios-Verlages. Verantwortlicher Redakteur der Zeitschrift „Sezession“ und Betreiber des später hinzugekommenen Blogs „Sezession“. Initiator mehrerer politischer Kampagnen wie z.B. die Initiative „Ein Prozent“. Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat das IfS ebenso wie die Initiative „Ein Prozent“ und die AfD-Parteijugend Junge Alternative im April 2023 vom „Verdachtsfall“ zur „gesichert rechtsextremistischen Bestrebung“ hochgestuft. Kubitschek unterhält wie Höcke und weitere AfD Mitglieder, trotz der Unvereinbarkeitsbeschluss der Partei Beziehungen zur Identitären Bewegung (IB) Kubitschek trat 2015 mehrfach bei den völkisch-nationalistischen Pegida-Demonstrationen in Sachsen als Hauptredner auf. Ferner pflegt er einen engen Austausch mit Vertretern des ehemaligen Flügels der AfD wie Björn Höcke und Maximilian Kraus. Götz Kubitschek darf gegenwärtig als Vordenker dieser Strömung des deutschen Rechtsextremismus gelten. Im Antaios Verlag wird auch Höckes Buch „Nie zweimal in den selben Fluss“ verlegt.

Das Institut für Staatspolitik (IfS) in Schnellroda, Sachsen-Anhalt, ist eine seit 2000 bestehende private Einrichtung. Das IfS sieht sich als Akademie und gilt als Denkfabrik der Neuen Rechten, in dem viele Akteure aus der Szene verkehren^{xv}. Seit April 2023 stuft das Bundesamt für Verfassungsschutz das „Institut für Staatspolitik“ (IfS) und „Ein Prozent e.V.“ als „gesichert rechtsextremistische Bestrebungen“ ein.

Protagonisten

Alice Weidel, geboren 6. Februar 1979

Seit 2015 im Bundesvorstand der AfD, seit 2022 in einer Doppelspitze mit Tino Chrupalla Vorsitzende der Bundestagsfraktion.

Nach einer Aussprache hat die AfD-Parteichefin Alice Weidel im internen Machtkampf mit dem Rechtsextremisten Björn Höcke klein beigegeben. Ende April 2023 setzt die Parteichefin sogar ein öffentliches Zeichen, macht eine Veranstaltung mit Höcke in Erfurt.

Ihre Ziele sind unter anderem:

- Steuervereinfachungen und die Abschaffung der Erbschaftsteuer
- Abschaffung des Mindestlohns
- Errichtung einer "Festung Europa"
- Rückbau der EU-Institutionen

Alexander Gauland geboren am 20. Februar 1941

Ehrevorsitzender und ehemaliger Fraktionsvorsitzender sowie Mitbegründer der AfD. Im Bundesvorstand ist er ein wichtiger Strippenzieher. Das liegt daran, dass er als ehemaliger CDU-Staatskanzleichef in Hessen mehr politische Erfahrung hat als seine Parteikollegen. Gauland vertritt teilweise rechtsnationale Positionen. Er sieht die AfD als "Partei des kleinen Mannes". Er ist gegen Einwanderung aus dem arabischen Kulturkreis. Gauland sieht eine Zusammenarbeit zwischen CDU und AfD im Osten voraus. Gegen ihn läuft zudem ein Verfahren wegen Steuerhinterziehung im fünfstelligen Bereich. Der Bundestag hob in diesem Zusammenhang seine Immunität auf.

Keine! „Alternative für Deutschland“

Version 1.3/27.04.2024

Beatrix von Storch, geboren 27. Mai 1971

stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Mitglied des deutschen Bundestags.

Sie ist Abtreibungsgegnerin und tritt für die Abschaffung des "Gender Mainstreaming" ein. Von ihr stammt auch die vielfach kritisierte Aussage: "Der Islam ist an sich eine politische Ideologie, die mit dem Grundgesetz nicht vereinbar ist".

Ihre Ziele sind unter anderem:

- Austrittsmöglichkeit aus dem Euro schaffen
- Kompetenzen von der EU zurückverlagern
- Rechtsbrüche von Politikern ahnden
- Direkte Demokratie wie in der Schweiz
- Genfer Flüchtlingskonvention anpassen
- Unsere Rechtsordnung verteidigen (gegen den Islam)

Björn Höcke, geboren 1. April 1972

Höcke ist Fraktionschef in Thüringen. Der ehemalige Gymnasiallehrer gilt als wichtigster Vertreter des rechtsnationalen Flügels. Schon seit 2019 darf man Höcke laut eines Gerichtsurteils als „Faschisten“ bezeichnen, da dieses Werturteil „auf einer überprüfbaren Tatsachengrundlage“ beruht. Auch die Benennung als „Nazi“ wird toleriert, wenn sie auf den Rechtsextremisten Björn Höcke angewendet wird. In seinem Buch „Nie zweimal in denselben Fluss“, das Mitte 2018 erschien, beschwört Höcke einen "Volkstod durch den Bevölkerungsaustausch"

Ohne Höcke geht in der AfD nichts, deswegen wird er als der heimliche Vorsitzende benannt.

Seine Ziele sind unter anderem:

- keine Regelbeschulung von Kindern mit Behinderung - dies sei ein "Belastungsfaktor" im Schulsystem
- Der Erhalt und die Rettung des deutschen Volkes, seiner Kultur und Identität, als zentrales Ziel seiner Partei fordert Höcke eine Säuberung Deutschlands von "kulturfremden" Menschen
- Abschaffung der EU hin zu einem europäischen Staatenbund „Diese EU muss sterben, damit das wahre Europa leben kann“^{xvi}
- Der Schutz der Interessen der „deutschen Nation“ auf nationaler Ebene und in der Welt.
- Die Sicherung der Existenz einer deutschen Zukunft, auch vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung.
- Sicherung der Außengrenzen und eine Rückführung von Bürgern (Remigration)
- Die Verteidigung der christlichen Kultur und Werte gegen Einflüsse aus dem Ausland.

Tino Chrupalla, geboren 14. April 1975

seit Dezember 2019 Bundessprecher der AfD; seit September 2021 Vorsitzender der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Vertritt die Haltung, „dass Deutschland kein ‚souveränes Land‘ sei, solange US-amerikanische Truppen in der Bundesrepublik stationiert seien“.

Keine! „Alternative für Deutschland“

Version 1.3/27.04.2024

Seine Ziele sind unter anderem:

- will mehr deutsche Kinder gegen Fachkräftemangel
- deutsche Gedichte und Volkslieder müssen im Schulunterricht eine größere Rolle spielen
- Steht für ein gutes Verhältnis zu Russland
- mehr nationalen Entscheidungen und weniger Einfluss der Europäischen Union, die „EU ist gescheitert“
- keine Unterstützung für die Ukraine

Maximilian Krahe, geboren 28. Januar 1977

Der Jurist ist seit 2019 Mitglied des Europäischen Parlaments. Bis 2016 war er Mitglied der CDU. Auf dem Parteitag am 29.07.2023 in Magdeburg ist Krahe der Spitzenkandidat für den Europawahlkampf der AfD. Ein enger Vertrauter von Höcke und Vertreter des völkisch-nationalistischen Flügels in der AfD

Seine Ziele sind unter anderem:

- Abschaffung der EU (DEXIT), Krahe möchte eine europäische Wirtschafts- und Interessensgemeinschaft gründen, einen Bund europäischer Nationen
- Antisemitismus – die EU werde getragen von „globalistisch eingestellten Eliten“
- Sicherung der Außengrenzen und eine Rückführung von Bürgern (Remigration) dazu auch Aufrüstung des Militärs
- das Ende von Schengen und der offenen Grenzen innerhalb Europas
- Russlandsanktionen sollen aufgehoben, Abtreibung soll erschwert werden
- Gegen Gendern und Feminismus, für eine homogenen Bevölkerung die „durch Ausschluss alles Fremden herbeigeführt werden soll“^{xvii}

Ziele der AfD

Die AfD will zurück zum Weltbild der 1950er. - männergeprägt, alles "nicht Normale" (was auch immer das sei) ausgrenzend und „allen anderen überlegen“.

In der AfD sind zwei Lager vorhanden; der völkisch-nationalistische Flügel in Ostdeutschland welcher sich mit seinen Positionen gegen die EU und gegen die NATO stellt und ein neutrales Deutschland favorisiert, das sich eng an Russland anbindet. Im Gegensatz dazu, steht das eher gemäßigte AfD-Lager im Westen, (wenn im Zusammenhang mit dieser Partei überhaupt von „gemäßigt“ gesprochen werden kann).

Die AfD ist eine Partei der Widersprüche z.B. wurden anfangs die Corona Schutzmaßnahmen der Bundesregierung unterstützt, um sich nach kurzer Zeit sich gegen sie zu wenden, um auf „Stimmenfang“ zu gehen. Diese Strategie zitiert Steffen Mau im Podcast „Lage der Nation“ aus einem Spiegel-Interview mit Angestellten der AfD auf die Frage, wie die AfD Ihr Parteiprogramm entwickelt „...wir warten bis das nächste Aufregerthema kommt, schauen wie die Grünen sich positionieren und machen genau das Gegenteil...“^{xviii}

Wer wählt die AfD?

AfD-Wähler:innen stehen der Demokratie und den bürgerlichen Parteien (Mainstream-Parteien) zunehmend skeptisch gegenüber. Sie fühlen sich benachteiligt, auch wenn sie selbst ökonomisch nicht übermäßig schlecht dastehen. AfD-Wähler:innen sind überdurchschnittlich pessimistisch. Fast zwei

Keine! „Alternative für Deutschland“

Version 1.3/27.04.2024

Drittel der AfD-Wähler sind männlich, wobei es zwischen dem Osten und Westen in der Verteilung keine Unterschiede gibt. Bezogen auf die Altersgruppen ist die AfD am erfolgreichsten bei den mittleren Jahrgängen der zwischen 35- und 59-Jährigen, wo sie im Jahr 2017 gut 15% und im Jahr 2021 13% erreichte. Die Partei profitiert in den Bundestagswahlen 2013 bis 2021 von Wählern „die offenkundig dem traditionellen Parteienangebot bereits länger distanziert gegenüberstanden, indem sie bisherige Nichtwählende sowie Wählende politisch randständiger Kleinstparteien erfolgreich mobilisierte.“^{xix} Generell ist die Zustimmung zur AfD vor allem unter Wähler:innen in Ostdeutschland überdurchschnittlich hoch. Die AfD schneidet also besser in Wahlkreisen ab in denen die Perspektivlosigkeit hoch ist und es geringe Chancen für junge Menschen gibt. Ebenso wird die AfD in ländlichen Gebieten und in strukturschwachen Regionen gewählt, die als „ökonomisch abgehängt“ gelten. Regionen in denen, bedingt durch Abwanderung, wichtige Infrastrukturen für Familien und Kinder – und damit auch für Unternehmen – schlechter werden oder verschwinden.

Die AfD ist den Untersuchungen von infratest dimap^{xx} zufolge keine Arbeiter- oder Kleine-Leute-Partei. Angestellte waren zur Bundestagswahl 2021 auch in den AfD-Reihen am häufigsten vertreten, Arbeiter bildeten dort nur eine wenngleich auch größere Minderheit. Gewählt wird weniger aus Überzeugung, sondern aufgrund von Enttäuschungen. Im Vergleich zu den etablierten Parteien punktet die AfD bei der Parteienkompetenz lediglich bei der Flüchtlings- und Entwicklungspolitik mit 20% (CDU/CSU 24%) zu. Ansonsten traut der Wähler der AfD eher wenig Kompetenz^{xxi} zu.

Wer die AfD wählt, entscheidet sich bewusst für die Programmatik und die populistische Ausrichtung dieser Partei. Ein Viertel der AfD-Wähler nimmt rechtsextreme Positionen und ein weiteres Viertel „ausgeprägt rechte Positionen“ ein.

In einer Trendstudie „Jugend in Deutschland 2024: Verantwortung für die Zukunft? Ja, aber“ ist die AfD die beliebteste Partei der unter 30-Jährigen. Demnach würden 22 Prozent der Menschen unter 30 ihre Stimme einer rechtspopulistischen Partei geben. Mit 20 Prozent folgt die CDU auf Platz zwei. Grüne, SPD und FDP sind in der Gunst der jungen Wählerinnen und Wähler krachend abgestürzt. Die Studie präsentiert Einstellungen, Trends und Perspektiven der 14- bis 29-Jährigen (auch Generation Z genannt) in Deutschland^{xxii}. Unter anderem die „Bespielung“ der neuen Medien wie z.B. TikTok mit rechtsextremem Gedankengut.

Was will die AfD überhaupt? (Kommt drauf an, wen man fragt)

Die Ziele sind unter anderem:

- Leugnung der Klimakrise
- die Ablehnung von „Gender-Ideologie“
- die Ablehnung der „Schuld- und Schamkultur“
- Austrittsmöglichkeit aus dem Euro schaffen, Festung Europa errichten
- Kompetenzen von der EU zurückverlagern
- Die Senkung der Energiekosten gegen eine "Deindustrialisierung Deutschlands"
- Eine rigide Flüchtlingspolitik
- Die Aufarbeitung der Corona-Maßnahmen
- Einführung von Volksabstimmungen nach Schweizer Model
- Die Reaktivierung der abgeschalteten Atomkraftwerke und der Bau neuer Meiler

- Die Abschaffung des „Öl- und Gasheizungsverbots“ sowie das „Verbot“ von Verbrennungsmotoren
- Die Streichung der CO₂-Abgabe auf Heizöl, Erdgas, Benzin oder Diesel
- Die Erhöhung der Pendlerpauschale ab dem ersten Kilometer auf 50 Cent
- Abbau von Subventionen (auch für Landwirte!) *
- keine Regelbeschulung von Kindern mit Beeinträchtigungen
- die Tradition der deutschen Kultur bewahren
- Schutz der traditionellen Familie aus Vater, Mutter und Kindern

* Auch dies spiegelt die AfD Strategie wieder:

Im Parteiprogramm 2016 steht unter 10.7 „AfD lehnt Subventionen generell ab. Wir wollen gleiche Regeln für alle – ob groß, ob klein, in jeder Branche“. Das eigens für die Landwirtschaft aufgesetzte Kapitel trägt zudem den Titel: „Weniger Subventionen, mehr Wettbewerb“. Nachdem die Ampelkoalition die Subventionskürzungen z.B. beim Agrardiesel verkündet hatte, veröffentlichte die AfD ihr "Sofortprogramm Landwirtschaft". "Verdopplung der Agrardiesel-Rückerstattung...Keine Kfz-Besteuerung ohne Ausgleich" und "Verantwortungslose Energiepolitik der Ampel und der EU sofort stoppen". Die Landwirte wurden als potentielle Wähler erkannt. Eine Partei der Widersprüche, wir Wähler wollen jedoch klare und verlässliche Aussagen und keine „Fähnchen im Wind“ - Politik!

AfD zu Europa

Ursprünglich sollte auf dem Parteitag zur Europawahl am 29. - 30. Juli sowie am 4.- 6. August 2023 in Magdeburg die Auflösung der EU und der Austritt aus der Nato gefordert werden (AfD Ost). Dies konnte jedoch durch Weidel verhindert werden.

In ihrem Wahlprogramm^{xxiii} betrachtet die AfD die Europäische Union als gescheitert: „Wir halten die EU für nicht reformierbar und sehen sie als gescheitertes Projekt“, heißt es in der Präambel des Wahlprogramms. Man strebe daher einen „Bund europäischer Nationen“ an, eine neu zu gründender europäischer Wirtschafts- und Interessengemeinschaft, in der die Souveränität der Mitgliedsstaaten gewahrt sei. Mit Blick auf die Flüchtlingspolitik solle eine „Festung Europa“ entstehen, wobei die EU die Mitgliedstaaten beim Außengrenzschutz und bei Abschiebungen unterstützen solle. Ferner fordert die AfD eine Wiederannäherung an Russland und die Beendigung der Wirtschaftssanktionen. Zu den USA geht die Partei auf Distanz, Deutschland und Europa dürften sich nicht zu „Gefolgsleuten einer Großmacht“ reduzieren lassen. In der Klimapolitik lehnt die AfD Maßnahmen gegen die Erderwärmung ab und kritisiert eine „irrationale CO₂-Hysterie“. Das Klima habe sich „seit dem Bestehen der Erde“ stets gewandelt. Die Stromproduktion in den sechs zuletzt abgeschalteten Atomkraftwerken solle wieder aufgenommen werden. Des Weiteren will die AfD das Autofahren und den Flugverkehr fördern. In der Familienpolitik sieht sich die Partei als Hüterin traditioneller Rollenbilder. Das Recht auf Abtreibung will sie weitgehend einschränken. Die Homo-Ehe lehnt die AfD ab.

Abschaffen von EU Sanktionen, ohne Russland zu nennen, „Europa solle seine Verteidigungsfähigkeit schrittweise in die eigene Hand nehmen.“

Auf dem Bundesparteitag zur Europawahl einigte sich die AfD auf die endgültigen Formulierungen im Wahlprogramm sowie auf die Kandidaten:innen, mit denen die Partei in die Europawahl 2024 ziehen wird.

Der sächsische Politiker Maximilian Krahe, seit 2019 Abgeordneter des Europäischen Parlaments, wurde in Magdeburg mit 65% der Stimmen auf den ersten Platz der Kandidatenliste gewählt. Auf dem zweiten Treffen hat sich die AfD auf die Kandidatenliste geeinigt, die Partei wird mit 35 Kandidat:innen zur Europawahl 2024 antreten. Krahe gehört den sogenannten „neuen Rechten“ an

und wurde geprägt vom Höcke-Flügel. Er gilt selbst in der AfD als Rechtsaußen, das hat in dieser Partei schon was zu bedeuten!

Mit Krah wurde ein Kandidat gewählt welcher die EU abschaffen möchte, mit seiner Ernennung zum Spitzenkandidaten konnte sich Höcke durchsetzen und den Führungsanspruch des völkisch-nationalistischen Lager innerhalb der AfD ausbauen. Auch aus diesem Grund gilt Höcke als heimlicher Vorsitzender der AfD.

Um „gemäßigte“ AfD Wähler nicht abzuschrecken, hat sie auf ihrem Parteitag für die Europawahl den „Umbau“ der EU als Ziel vorgegeben. Den Austritt aus der EU hat die Partei als Ziel aber beibehalten, falls sich – was absehbar ist – dieser Umbau der EU nicht bewerkstelligen lässt.

Rechte Parteien im Europaparlament

Derzeit haben die Rechten Parteien eine Erfolgswelle, in Schweden (Schwedendemokraten) und Finnland (Finnen Partei) sind sie Juniorpartner in der Regierung mit Christdemokraten, in Italien stellen die postfaschistischen Fratelli d'Italia mit Giorgia Meloni an der Spitze sogar die Regierungschefin. In den Niederlanden gingen die Rechtspopulisten um Geert Wilders als stärkste Kraft aus den Parlamentswahlen hervor.

Das Europäische Parlament

Das Europäische Parlament (EP) ist die einzige direkt gewählte Institution und das politische Kontrollorgan der EU. Seit 1979 werden seine Abgeordneten direkt von den Bürger:innen der Mitgliedsländer auf fünf Jahre gewählt. Die wesentlichen Aufgaben des Parlaments sind:

- Mitwirkung an der Gesetzgebung
- demokratische Kontrollrechte
- Genehmigung des EU-Budgets

Welche Fraktionen hat das Europaparlament?

Die Zahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments beträgt 705. Die Europaabgeordneten verteilen sich auf sieben Fraktionen.

- Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten, EVP) (z.B. CDU, CSU)
- Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament (S&D) (z.B. SPD)
- Fraktion „Renew Europe“ (RE), (z.B. FDP)
- Fraktion der Grünen / Freie Europäische Allianz (Grüne/EFA) (z.B. die Grünen, Volt, Piraten)
- Fraktion Identität und Demokratie (ID) (z.B. AfD, italienischen Lega, FPÖ und Marine Le Pens Rassemblement National)
- Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer (EKR) (z.B. PIS, Fratelli d'Italia)
- Die Linke (GUE/NGL) (die Linke)

Die Rechten sind im EU Parlament in zwei Fraktionen vertreten, der Fraktion „Europäische Konservative und Reformer“ (EKR) und der Fraktion „Identität und Demokratie“ (ID-Fraktion). Die EKR stellt 66 Abgeordnete: Rechtskonservative, Nationalisten und Rechtspopulisten, die 20 verschiedenen Parteien aus 16 Mitgliedstaaten der Europäischen Union angehören. Die ID umfasst

Keine! „Alternative für Deutschland“

Version 1.3/27.04.2024

derzeit 62 rechtspopulistische und rechtsextreme Abgeordnete aus acht Mitgliedstaaten. Dazu kommen noch 11 Abgeordnete der ungarischen Fidesz-Partei, diese waren zu Beginn noch in der - Fraktion der Europäischen Volkspartei. Seit dem Fraktionsausschluss in 2021 sind die 11 Abgeordneten fraktionslos.

139 der 705 Europaabgeordneten sind somit dem Lager der Rechtspopulisten und Rechtsextremisten zuzuordnen. Die restlichen Abgeordneten sind fraktionslos.

Eine Vereinigung der beiden Fraktionen zu einer ist derzeit ausgeschlossen, denn die Differenzen sind zu groß. Zum Beispiel bei den Positionen zu Russland und dessen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Hier gibt es die Putin nahestehende ID-Fraktion, im Gegensatz dazu die EKR-Fraktion mit der polnischen PiS als härtesten Gegnern jeder Annäherung an Moskau. Ebenfalls gibt es in der Migrationspolitik unüberwindbare Differenzen. Die Rechtspopulisten aus den südlichen EU-Staaten verlangen vom Rest der Mitglieder, Flüchtlinge von den Mittelmeerstaaten zu übernehmen. PiS und AfD bekämpfen nichts so sehr wie eine europaweite Verteilung von Migranten. Orbán versucht bereits seit längerer Zeit die beiden Fraktionen zu einer „Internationale der Nationalisten“ zu vereinen, bisher erfolglos.

Kommt es nach den Europawahlen 2024 zu einem Rechtsrutsch?

Beide Fraktionen, die „Europäische Konservative und Reformen“ (EKR) und die „Identität und Demokratie“ (ID), werden Stimmen hinzugewinnen, Schätzungen kommen auf 80 -90 Sitze im Europaparlament je Fraktion. Gemeinsam kämen die beiden Rechtsfraktionen auf maximal 180 von 705 Abgeordneten.

Im Ganzen sind Rechtsaußenparteien in der EU also an fünf Regierungen beteiligt, die etwas über 20% der Bevölkerung repräsentieren.

Bei einem hohen Stimmenanteil durch die rechten Fraktionen könnten wesentliche Entscheidungen der EU verzögert oder abgelehnt werden.

Der Rat der Europäischen Union

Der Rat der Europäischen Union ist das mächtigste Entscheidungsorgan der EU. In ihm sind alle Mitgliedstaaten durch je einen Minister bzw. eine Ministerin vertreten. Die Zusammensetzung hängt von den jeweiligen Themenbereichen ab, es gibt also keine ständigen Ratsmitglieder (z. B. der Rat der Finanzminister:innen, genannt ECOFIN, der Rat der Außenminister:innen, der Landwirtschaftsminister:innen, der Umweltminister:innen etc.). Als Ratsmitglieder sind sie den nationalen Parlamenten verantwortlich.

Allerdings stimmt der Rat in der Praxis nicht entlang von Parteilinien ab, sondern sucht einen größtmöglichen Konsens zwischen den Mitgliedstaaten. Eine auch nur halbwegs stabile Brandmauer gegen Rechtsaußenregierungen gibt es hier nicht. Schon jetzt üben rechte Parteien deshalb über den Rat größeren Einfluss auf die Europapolitik aus als über das Parlament. Wenn in den nächsten Monaten noch weitere Regierungen mit ID-Beteiligung hinzukommen – etwa in den Niederlanden (PVV) oder in Österreich (FPÖ) –, wird sich diese Entwicklung noch weiter verstärken.

Das eigentliche europapolitische Einfallstor rechtsextremer Parteien ist der Rat, wo sie schleichend, von einer nationalen Regierungsbeteiligung zur nächsten, ihre Machtposition ausbauen können.

Keine! „Alternative für Deutschland“

Version 1.3/27.04.2024

AfD und Europa

Was die europäische Politik anbelangt, strebt die AfD in ihrem Wahlprogramm eine radikale Umgestaltung der europäischen Politik an. „Es helfe nur ein Abbruch und Neustart“, hatte AfD-Vorstandsmitglied und stellvertretender Bundesschatzmeister Harald Weyel in einem Interview mit dem Deutschlandfunk^{xxiv} bereits im Vorfeld des Parteitag klargestellt.

EU-Abgeordnete sind seiner Ansicht nach derzeit von den Nationalstaaten nicht ausreichend legitimiert, weil sie über Listen gewählt werden. Auch die AfD-Vorsitzende Weidel hatte erklärt, ihre Partei strebe einen Kompetenzrückbau der Europäischen Union an. Im Leitantrag der Bundesprogrammkommission heißt es, weil die EU nicht reformierbar sei „trete die AfD für die Neugründung einer europäischen Wirtschafts- und Interessengemeinschaft ein“.

Die AfD und der Verfassungsschutz

Der Verfassungsschutz ist als deutscher Inlandsnachrichtendienst ein wichtiger Bestandteil der Sicherheitsarchitektur dieses Landes. Durch das Sammeln und Auswerten von Informationen zu extremistischen und terroristischen Bestrebungen sowie Tätigkeiten fremder Nachrichtendienste betreibt er wichtige Vorfeldaufklärung. *Diese ist zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung und damit aller in Deutschland lebenden Menschen unerlässlich.*^{xxv}

Die sogenannte Alternative für Deutschland wird vom Bundesamt für Verfassungsschutz bereits seit 2022 als „rechtsextremer Verdachtsfall“ geführt. Schaut man sich allerdings die Bewertung in den einzelnen Bundesländern an, wird es deutlich komplizierter. Denn es gibt in jedem deutschen Bundesland einen einzelnen Landesverband der AfD und genauso gibt es in jedem Bundesland einen eigenen Verfassungsschutz, der den jeweiligen Landesverband im Blick haben sollte. Die Bewertungen der einzelnen Länder fallen dabei extrem unterschiedlich aus.

Als „Verdachtsfall“* wird die AfD in folgenden Bundesländern behandelt: (Stand 12.12.2023)^{xxvi}
Niedersachsen, Brandenburg, Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Bremen
Als „gesichert rechtsextrem“ ** gelten die Landesverbände von Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen

Noch keine Einstufung des Verfassungsschutzes gibt es in folgenden Landesverbänden:
Berlin, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Saarland

Im März 2021 wurde bekannt, dass auch das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) die Bundespartei als Verdachtsfall einstuft. Seit Februar 2024 wird nach Presseberichten ein Gutachten erarbeitet, um die gesamte AfD als "gesichert extremistisch" einzustufen. Die Jugendorganisation der AfD, die Junge Alternative wird vom Verfassungsschutz seit 2023 als gesichert rechtsextrem eingestuft.

*Verdachtsfall: Hat der Verdacht sich in einer gewissen Weise erhärtet, ohne schon eine abschließende Kategorisierung einer Bestrebung als extremistisch treffen zu können, führt der Verfassungsschutz die Verdachtsfallbearbeitung durch; die Bestrebung gilt als Verdachtsfall^{xxvii}
** gesichert rechtsextrem: es liegen Bestrebungen gegen die „Freiheitliche demokratische Grundordnung“ vor. Eine Voraussetzung für ein Parteiverbot

Wie kommt die AfD an Geld?

Obwohl die AfD vom Verfassungsschutz in Teilen als gesichert rechtsextrem eingestuft wird, erhält diese viel Geld vom deutschen Staat. Die vom Steuerzahler aufgebrachte staatliche Parteienfinanzierung ist ihre wichtigste Einnahmequelle. Im Jahr 2022 erhielt die AfD 10,5 Millionen € vom Staat. Dazu kommen Mitgliedsbeiträge 40.000€ x 120€ Mindest-Jahresbeitrag = 4,8 Millionen €. Im Jahr 2022 erhielt die AfD Spenden von Unternehmen, Verbänden und anderen Organisationen in Höhe von 104.000€^{xxviii}. Die Spenden von Einzelpersonen betragen 3,8 Millionen €, nochmals 2,4 Millionen € kommen von den Mandatsträgern der AfD hinzu^{xxix}. Die Gesamtsumme beläuft sich auf mindestens 21 Millionen €.

Seit 2020 ist nur eine weitere Großspende (gilt ab 50.000€) von 100.000€ des Unternehmers Christian Krawinkel verzeichnet. Krawinkel wollte mit der Spende „die Demokratie fördern“ zwischenzeitlich fordert er das Geld zurück, da die Partei sich nicht nach seinen Vorstellungen entwickle.

Im Jahr 2023 erhielt die AfD eine Großspende von dem Bauingenieur Hartmut Issmer.^{xxx} Sonstige Zuwendungen bewegten sich unter der Meldegrenze von 50.000 € und müssen nicht veröffentlicht werden.

Wegen dubiosen Umgangs mit Großspenden an die AfD und ihre Funktionsträger mussten diese bisher schon ca. 670.000 Euro Strafzahlungen abführen.

Wann wird eine Partei verboten?

Die rechtliche Voraussetzung für ein Parteiverbot ist deren Verfassungswidrigkeit. Das Grundgesetz definiert die Verfassungswidrigkeit von Parteien in Artikel 21 Abs. 2 GG: „Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind verfassungswidrig.“

Eine Partei kann nur verboten werden, wenn das Bundesverfassungsgericht ihre Verfassungswidrigkeit festgestellt hat. Es prüft auf Antrag von Bundestag, Bundesrat oder Bundesregierung in einem Verbotsverfahren, ob eine Partei verfassungswidrig ist.

AfD Protagonisten und ihre Zitate (eine kleine Auswahl)

"Wenn wir kommen, dann wird aufgeräumt, dann wird ausgemistet!"^{xxxi}
Markus Frohnmaier, AfD

"Brennende Flüchtlingsheime sind kein Akt der Aggression."
Sandro Hersel, AfD^{xxxii}

Keine! „Alternative für Deutschland“

Version 1.3/27.04.2024

Die politische Korrektheit gehört auf den Müllhaufen der Geschichte."

Alice Weidel, AfD^{xxxiii}

"Heute, liebe Freunde, lautet die Frage nicht mehr Hammer oder Amboss. Heute lautet die Frage Schaf oder Wolf? Und ich, nein wir, entscheiden uns in dieser Lage, Wolf zu sein" Björn Höcke, AfD^{xxxiv}

"Die Evolution hat Afrika und Europa – vereinfacht gesagt – zwei unterschiedliche Reproduktions-Strategien beschert." Björn Höcke, AfD^{xxxv}

"Wir Deutschen, also unser Volk, sind das einzige Volk der Welt, das sich ein Denkmal der Schande in das Herz seiner Hauptstadt gepflanzt hat." Björn Höcke, AfD^{xxxvi}

"Diese Schweine sind nichts anderes als Marionetten der Siegermächte des 2. Weltkrieges und haben die Aufgabe, das deutsche Volk klein zu halten indem molekulare Bürgerkriege in den Ballungszentren durch Überfremdung induziert werden sollen." Alice Weidel, AfD^{xxxvii}

"Hitler und die Nazis sind nur ein Vogelschiss in über 1.000 Jahren erfolgreicher deutscher Geschichte" Alexander Gauland, AfD^{xxxviii}

"Die alten Kräfte, also die Altparteien, aber nicht nur die Altparteien, auch die Gewerkschaften, vor allen Dingen auch die Amtskirchen und die immer schneller wachsende Sozialindustrie, die an dieser perversen Politik auch noch prächtig verdient. Diese alten Kräfte, die ich gerade genannt habe, lösen unser liebes, deutsches Vaterland auf wie ein Stück Seife unter einem lauwarmen Wasserstrahl. Aber wir Patrioten werden diesen Wasserstrahl jetzt zudrehen! Wir werden unser Deutschland Stück für Stück zurückholen!" Björn Höcke, AfD^{xxxix}

"Das große Problem ist, dass Hitler als absolut böse dargestellt wird. Aber wir alle wissen natürlich, dass es in der Geschichte kein Schwarz und kein Weiß gibt." Björn Höcke^{xl}

„Diese EU muss sterben, damit das wahre Europa leben kann“ Bernd Höcke^{xli}

„Liebe Frauen seid Frauen. Und zur Weiblichkeit gehört die Mutterschaft dazu. Das ist das, was uns inspiriert. Das ist das, was uns groß macht – echte Männer, echte Frauen, ein echtes Volk, das was aufbaut.“ Maximilian Krah^{xlii}

„Wer Homosexualität auslebt, dem droht dafür eine Gefängnisstrafe ... Das sollten wir in Deutschland auch machen!“^{xliii} – Andreas Gehlmann, AfD

„Das Pack erschießen oder zurück nach Afrika prügeln.“^{xliiv} – Dieter Görnert, AfD

„Immerhin haben wir jetzt so viele Ausländer im Land, dass sich ein Holocaust mal wieder lohnen würde.“^{xliv} – Chatprotokoll Marcel Grauf

Argumentationshilfe(n)

Eine mögliche AfD-Regierung würde die Wählerinnen und Wähler der AfD ärmer machen. Zu diesem Ergebnis - auch bekannt als „AfD-Paradoxon“^{xlvi}- kommt das Deutsche Institut für Wirtschaft (DIW). „So wären die Hauptleidtragenden der AfD-Politik ihre eigenen Wähler:innen“
In der Studie sind die jeweiligen AfD-Positionen verlinkt, so dass diese leicht überprüft werden können (siehe Abschnitt weiter unten „Weiterführende Links“).

Zusammengefasst steht die Politik der AfD für? ja was für was eigentlich?

- Eine extrem neoliberale Wirtschafts- und Finanzpolitik. Der Staat soll weniger Macht über den Markt haben. Sie setzt sich in fast allen Bereichen für Steuersenkungen ein, wie z.B. der Erbschaftsteuer. Die AfD ist gegen Steuererhöhungen, sowie gegen die Besteuerung großer Vermögen. Den Solidaritätszuschlag für die Spitzenverdiener:innen will sie komplett abschaffen. Mit keiner anderen Partei würden Familien mit einem Jahreseinkommen von bis zu 55.000 Euro weniger Einkommenszuwächse haben^{xlvii}. Gleichzeitig würden mit keiner anderen Partei Familien mit einem Jahreseinkommen von über 300.000 Euro mehr Einkommenszuwächse haben.
- In der Klimapolitik lehnt die AfD die Maßnahmen zum Schutz von Umwelt und Klima systematisch ab. Sie ist gegen den Kohleausstieg 2038 genauso wie gegen ein Verbot von Verbrennungsmotoren, die Förderung von ökologischer Landwirtschaft, den Ausbau von Windenergie oder die Besteuerung des Flugverkehrs.
- In der Kategorie Sozialpolitik wünscht sich keine Partei im Bundestag stärkere Einschnitte bei den Sozialleistungen als die AfD, so z.B. das Bürgergeld auf sechs Monate zu begrenzen.
- Zudem will sie Langzeitarbeitslose zu Bürgerarbeit zwangsverpflichten und spricht sie sich beispielsweise gegen eine Stärkung der Rechte von Mieter:innen aus.
- Abschaffung der Mietpreisbremse für bezahlbaren Wohnraum
- Im Jahr 2021 hat die AfD gegen die Erhöhung des Mindestlohns auf zwölf Euro ausgesprochen.
- Die AfD möchte die Rechte und Freiheiten vor allem für Minderheiten beschneiden, so z.B. stellt sich die AfD gegen eine staatliche Anerkennung von islamischen Verbänden als Religionsgemeinschaften.
- Familie besteht aus AfD Ansicht Traditionell aus Vater, Mutter und (bestenfalls) mehreren Kindern.
- Die AfD lehnt eine Ausweitung des Wahlrechts bei Bundestagswahlen auf Jugendliche ab 16 Jahren sowie eine doppelte Staatsbürgerschaft ab.

Keine! „Alternative für Deutschland“

Version 1.3/27.04.2024

- Die AfD verspricht „Freiheit beim Renteneintritt“^{xxlviii} – eine abschlagsfreie Rente soll es aber erst nach 45 Beitragsjahren geben. Was auf den ersten Blick vielleicht gut aussieht, entpuppt sich bei genauerem Hinsehen als massive Rentenkürzung für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Denn die AfD streicht ein festes Rentenalter. Alle, die die 45 Jahre noch nicht voll haben, bekommen die volle Rente erst, wenn sie die Zeit zusammen haben – egal ob mit 70, 75 oder wann auch immer. Selbst großzügig gerechnet bekäme die Mehrheit (55%) die 45 Jahre bis zum 65. Lebensjahr nicht voll, müsste also über 65 hinaus weiter - arbeiten. Viele (40 %) müssten sogar über 70 hinaus arbeiten, denn ihnen fehlen mit 65 noch mehr als fünf Jahre für die 45 Jahre. Für jede zweite Frau bedeuten die Pläne der AfD: Sie muss weiter über 70 hinaus arbeiten.

Das AfD-Paradox (DIW Berlin)

Die Widersprüche zwischen den Interessen der AfD-Wähler:innen und den Positionen der AfD könnten kaum größer sein. Die strikten Positionen gegenüber Arbeitslosen vertritt die Partei, obwohl die AfD bei vergangenen Wahlen sehr von den Stimmen arbeitsloser Menschen profitierte: In der Bundestagswahl 2021 erreichte sie bei dieser Gruppe laut anonymen Nachwahlbefragungen einen Stimmanteil von 17 %. 2017 waren sogar 21 % aller AfD-Wähler arbeitslos. Damit machten Arbeitslose bei den vergangenen Wahlen den größten, bzw. zweitgrößten Anteil der Wählerschaft der Partei aus.

Unterschied AfD zu „Altparteien“

Positionen der Parteien zur Bundestagswahl 2021 auf 38 aktuelle politische Fragen und Antworten aus dem Wahl-O-Mat.* welche die Positionen der AfD im Gegensatz zu den etablierten Parteien darstellen.



Haltung zeigen für eine
menschenfreundliche
Demokratie in Europa

	AfD	FDP	CDU/ CSU	SPD	Grüne	Linke
Tempolimit auf Autobahnen	-1	-1	-1	1	1	1
Verteidigungsausgaben erhöhen	1	1	1	1	-1	-1
Wählen ab 16	-1	1	-1	1	1	1
Förderung von Windenergie beenden	1	0	-1	-1	-1	-1
Mieterhöhungen begrenzen	-1	-1	0	1	1	1
Patentschutz für Impfstoffe	1	1	1	1	-1	-1
Aus der Kohleverstromung aussteigen	-1	0	-1	1	1	1
Gesetzliche Rentenversicherung für alle	1	-1	-1	1	1	1
Familiennachzug abschaffen	1	0	-1	-1	-1	-1
Steuer auf digitale Dienstleistungen	1	-1	0	1	1	1
Traditionelle Familie fördern	1	-1	-1	-1	-1	-1
Parteispenden von Unternehmen erlauben	1	1	1	1	-1	-1
Elternunabhängiges BAföG	-1	1	-1	-1	1	1
Doppelte Staatsbürgerschaft ermöglichen	-1	0	-1	1	1	1
Sprachliche Berücksichtigung von Geschlechtsidentitäten	-1	0	0	1	1	1
Nord Stream 2 in Betrieb nehmen	1	0	1	1	-1	0
Solidaritätszuschlag abschaffen	1	1	1	-1	-1	-1
Kopftuch im Dienst erlauben	-1	0	-1	-1	1	1
Verbrennungsmotor langfristig zulassen	1	1	1	-1	-1	-1
Schulpolitik: mehr Zuständigkeiten für Bund	-1	1	-1	1	1	1
Antisemitismus stärker bekämpfen	1	1	1	1	1	1
Aufträge an chinesische Firmen verbieten	1	1	0	-1	1	-1
Einzug der Kirchensteuer durch Staat	0	1	1	1	1	-1
Verkauf von Cannabis erlauben	-1	1	-1	1	1	1
Aus der EU austreten	1	-1	-1	-1	-1	-1
Landeslisten geschlechtsparitätisch besetzen	-1	-1	0	1	1	1
Abrechnung über Fallpauschalen	-1	1	1	-1	1	-1
Steuer auf hohe Vermögen erheben	-1	-1	-1	1	1	1
Gesichtserkennung bei Videoüberwachung	0	-1	1	-1	-1	-1
Kinderlose Ehepaare steuerlich begünstigen	1	1	1	1	0	-1
Ökologische Landwirtschaft fördern	-1	-1	0	1	1	1
Islamische Verbände anerkennen	-1	1	0	1	1	1
CO ₂ -Preises stärker erhöhen	-1	0	0	-1	1	0
Schuldenbremse beibehalten	1	1	1	1	0	-1
Asyl nur für politisch Verfolgte	1	1	1	1	-1	-1
Mindestlohn auf 12 Euro erhöhen	-1	-1	0	1	1	1
Flugverkehr stärker besteuern	-1	-1	-1	1	1	1
Homeoffice: Firmen entscheiden	1	0	1	-1	-1	-1

Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung.

* „-1“ bedeutet Ablehnung, „0“ bedeutet eine neutrale Haltung und „1“ bedeutet Zustimmung

Keine! „Alternative für Deutschland“

Version 1.3/27.04.2024

Fazit

Die Alternative für Deutschland (AfD) sorgt mit Ihren Äußerungen für kontroverse Diskussionen über die Grenzen der Meinungsfreiheit und die wehrhafte Demokratie.

Durch die Auseinandersetzung mit der AfD zeigt sich, wie sich die politische Landschaft in Deutschland und in ganz Europa verändert hat. Unsere Sprache wird nach rechts verschoben. Wörter wie "Umvolkung", "Lügenpresse" oder von "Remigration" oder "völkisch" stammen zu Teilen aus einem Vokabular zu Zeiten der Nationalsozialisten. Der Politikwissenschaftler Robert Feustel warnt, auch andere Parteien würden mittlerweile das AfD-Vokabular übernehmen – von der CDU bis zur Linkspartei.

Die Positionen und Äußerungen der Partei gefährden die freiheitlich-demokratische Grundordnung. Wir von **hab8cht** stehen ganz klar für ein Verbot der AfD Verbände, wenn die Verfassungsschutz - Gutachten eine „gesichert rechtsextreme“ Ausrichtung feststellen und somit die Partei nicht auf dem Boden des Grundgesetzes steht.^{xlix}

Dies gilt für hab8cht auch bei anderen Parteien und Verbänden, wir distanzieren uns klar und deutlich gegen jede Art von Extremismus.

Wir sehen unsere freiheitliche Demokratie bedroht und somit eine ernsthafte Herausforderung für den Erhalt unserer demokratischen Strukturen. Eine Demokratie, welche durch Parteien wie der AfD massiv bedroht ist. Wer Menschen nach einem „rassistisch völkisches Weltbild“ kategorisiert, ist weit von unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung entfernt. Das AfD-Parteiprogramm von 2016 widerspricht in mehreren Punkten den Garantien unseres Grundgesetzes.^l

Ein umfassendes Verbotverfahren begrüßen wir ausdrücklich!

Weiterführende Links (eine kleine Auswahl)

- [Das AfD-Paradox: Die Hauptleidtragenden der AfD-Politik wären ihre eigenen Wähler*innen](#)
(Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V. (DIW Berlin))
- [AfD-Faktencheck Wählen ja,#AfDnee](#)
(Verein zur Förderung demokratischer Politik und Kultur – Demopuk e.V)
- [Politische Schönheit – AfD Verbot](#)
Artists for Democracy GmbH
- [AfD Faktencheck Focus](#)
(FOCUS Magazin Verlag GmbH, München, ein Unternehmen der Hubert Burda Media)
- [Wahl O Mat](#)
(Bundeszentrale für politische Bildung)
- [Der AfD Staat Rechtsextreme an die Macht](#)
MONITOR, das Erste
- [Das passiert, wenn die AfD gewinnt](#)
(ZDF, 2020)

Quellennachweise

- ⁱ März 2021
ⁱⁱ Dezember 2023
ⁱⁱⁱ Juni 2020
^{iv} INSA (17.01.24)
^v Infratest dimap (25.01.24)
^{vi} INSA (17.01.24)
^{vii} <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/730862/umfrage/mitgliederentwicklung-der-AfD/>
^{viii} <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/AfD-alexander-gauland-sieht-fluechtlingskrise-als-geschenk-a-1067356.html>
^{ix} <https://www.google.com/search?channel=frsc&client=firefox-b-d&q=wahlergebnis+bundestagswahl+2017>
^x <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/AfD-spendenaffaere-gericht-bestaetigt-bussgeld-a-586fb8e6-e03a-4a3f-8c58-5915bc5614d6>
^{xi} <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/AfD-joerg-meuthen-verliert-wegen-spendenaffaere-parlamentarische-immunitaet-a-01950682-56c2-4679-8c9e-1ba8ed34155f>
^{xii} <https://www.stern.de/politik/deutschland/AfD-richtungsentscheidung--scharfmacher-andreas-kalbitz-muss-gehen-9266388.html>
^{xiii} <https://www.stern.de/politik/deutschland/afd-richtungsentscheidung--scharfmacher-andreas-kalbitz-muss-gehen-9266388.html>
^{xiv} <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/AfD-und-mitglieder-steigende-zahlen-a-e2f6ce02-8776-453b-a292-f86d089f9b4b>
^{xv} <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/afd-nahes-institut-fuer-staatspolitik-in-schnellroda-pilgerort-fuer-rechte-18856799.html>
^{xvi} Björn Höcke, bei der AfD-Europawahlversammlung in Magdeburg am 29.07.2023
^{xvii} <https://www.ksta.de/politik/ukraine-krieg/afd-maximilian-krah-wladimir-putin-russland-ideologie-faschismus-naehe-feminismus-krebs-684801>
^{xviii} Steffen Maul Interview Lage der Nation Nr.369
^{xix} <https://www.marktforschung.de/marktforschung/a/afd-waehler-herkunft-profil-und-motivation/>
^{xx} <https://www.marktforschung.de/marktforschung/a/afd-waehler-herkunft-profil-und-motivation/>
^{xxi} <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1330549/umfrage/umfrage-zu-partei-kompetenzen-in-deutschland/>
^{xxii} <https://www.stern.de/gesellschaft/junge-menschen-waehlen-afd---das-ist-leider-nicht-nur-protest--meinung--34660808.html>
^{xxiii} <https://www.europawahl-bw.de/europawahlprogramm-afd>
^{xxiv} <https://www.deutschlandfunk.de/afd-bekraeftigt-forderung-nach-aufloesung-des-eu-parlaments-100.html>
^{xxv} https://www.verfassungsschutz.de/DE/verfassungsschutz/auftrag/auftrag_node.html
^{xxvi} <https://www.stern.de/politik/deutschland/AfD-unter-beobachtung--wo-der-verfassungsschutz-genau-hinschaut-34279202.html>
^{xxvii} https://de.wikipedia.org/wiki/Tats%C3%A4chliche_Anhaltspunkte
^{xxviii} <https://www.abgeordnetenwatch.de/recherchen/parteispenden/listen-veroeffentlicht-diese-unternehmen-und-lobbyverbaende-zahlten-geld-an-die-parteien>
^{xxix} <https://dserver.bundestag.de/btd/20/104/2010430.pdf>
^{xxx} <https://www.fr.de/wirtschaft/parteienfinanzierung-spenden-afd-groesste-geldgeber-rechte-partei-euro-zr-92902007.html>
^{xxxi} <https://www.deutschlandfunk.de/afd-kundgebung-in-erfurt-wenn-wir-kommen-wird-aufgeraemt-100.html>
^{xxxii} <https://taz.de/Chatprotokolle-der-AfD/!5441138/>
^{xxxiii} <https://www.sueddeutsche.de/politik/AfD-parteitag-in-koeln-schriell-in-den-wahlkampf-1.3475494>
^{xxxiv} <https://www.tagesschau.de/inland/kyffhaeuser-101.html>
^{xxxv} <https://www.youtube.com/watch?v=kMcStcmSv08&t=1785s>
^{xxxvi} <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/AfD-geht-nach-umstrittener-rede-auf-distanz-zu-hoecke-14686499.html>
^{xxxvii} <https://www.welt.de/politik/article168489086/Alice-Weidel-will-Veroeffentlichung-rassistischer-E-Mail-stoppen.html>
^{xxxviii} <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2018-06/AfD-alexander-gauland-ns-zeit-vogelschiss-bundeskongress-junge-alternative-seebach>
^{xxxix} <https://www.youtube.com/watch?v=sti51c8abaw&t=4360s>
^{xl} <https://www.welt.de/politik/deutschland/article162616473/Bjoern-Hoecke-hat-eine-irritierende-Ansicht-zu-Adolf-Hitler.html>
^{xli} Parteitag in Magdeburg 2023
^{xlii} https://twitter.com/n3ll41/status/1758159894589395264?ref_src=twsrc%5Etfw%7Ctwcamp%5Etweetembed%7Ctwtterm%5E1758352801967567334%7Ctwqr%5E2fa2bcee1fce5b4024e1d3fbfc1b67af4a41a293%7Ctwcon%5Es3_&ref_url=https%3A%2F%2Fwww.derwesten.de%2Fpolitik%2Fafd-spitzenkandidat-maximilian-krah-ampel-regierung-id300843329.html
^{xliiii} <https://jugendstrategie.de/hasserfuellte-und-menschenverachtende-zitate-der-afd/>
^{xliiii} <https://correctiv.org/faktencheck/politik/2020/02/05/die-meisten-dieser-zitate-stammen-von-afd-politikern-einige-sind-aber-unbelegt/>
^{xliiii} <https://afd-verbot.de/beweise/01hg0yfyv56jixndy466bz1dc4>
^{xliiii} https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.879721.de/diw_aktuell_88.pdf
^{xliiii} <https://www.zew.de/presse/pressearchiv/wer-koennte-von-welcher-regierungsbeteiligung-profitieren>
^{xliiii} Eckpunktepapier Alterssicherung der AfD-Bundestagsfraktion DGB-Faktencheck: Wohin will die AfD mit der Rente?
^{xliiii} https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/Publikationen/Analyse_Studie/Analyse_Nicht_auf_dem_Boden_des_Grundgesetzes.pdf
ⁱ <https://afd-verbot.de/beweise>